

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

27.3.1866 (No. 73)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 27. März.

N. 73.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† **Berlin**, 26. März. Der König arbeitet heute Mittag mit dem Kriegsminister v. Roon, dem Generalstabschef v. Moltke, dem Chef des Militärkabinetts, v. Treckow, und dem Generaladjutanten v. Alvensleben. Sodann konferirte Se. Maj. mit dem Grafen v. Bismarck. Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge ist die Nachricht von einem Geburtstags-Gratulationschreiben des Kaisers von Oesterreich an den König von Preußen unrichtig. Sogar der sonst übliche telegraphische Gruß scheint unterblieben zu sein.

† **Breslau**, 26. März. Der „Bresl. Ztg.“ meldet man aus Oberberg: Gestern (Sonntag) Nachmittag 5 Uhr passirten die Regimenter Hannover und Meusdorff hier durch. Andere Truppen werden aus Siebenbürgen in österr. Schlesien und Böhmen erwartet. Viele Grenzorte erhalten Garnisonen; größere Truppeneinheiten finden fortwährend statt.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 26. März. Die in der 17., 18. und 19. Sitzung der Zweiten Kammer angezeigten Petitionen sind folgende:

- 1) der Gemeinde Birkheim um Erbauung einer Höllenthal-Bahn;
- 2) der Gemeinden Langenbach und Firtwangen, die Fortsetzung der Ringthal-Bahn, bezw. Erstellung der Freiburg-Donaueschinger Bahn durch das Bregthal, übergeben vom Abg. Gerwig;
- 3) 30 Eingaben der Gemeinden Bonndorf, Bühl etc., Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen dem Wuttachthal und der Eisenbahn Ergingen, übergeben vom Abg. Hebling;
- 4) der Mehrgemeinschaft Heidelberg, die Abänderung der Fleischachse betr., übergeben vom Abg. Krausmann;
- 5) 5 Eingaben der Gemeinden Mähringen etc., die Abänderung der Gemeindeordnung betr., übergeben vom Abg. Roder;
- 6) der Stadtgemeinde Ueberlingen in gleichem Betreff;
- 7) der Gewerbeoffenschaft Wetzheim, die Besteuerung der Ansländer, welche in Baden Gewerbe treiben; übergeben vom Abg. v. Feder;
- 8) der Gemeinden Stetten a. T. M. und Nusplingen, die direkte Führung der Bahnlinie ab Weiskirch nach Engen betr., übergeben vom Abg. Roder;
- 9) 9 Eingaben der Gemeinden Kreenhainstetten, Zimmensee etc., den Bau einer Höllenthal-Bahn betreffend;
- 10) 12 Eingaben der Gemeinden Waldkirch, Riegel etc., die einstweilige Sifirung des Weiterbaues einer Ringthal-Eisenbahn von Hausach aufwärts betr., übergeben vom Abg. Eckhardt;
- 11) 5 Eingaben der Gemeinden Göggingen etc., die Weiterführung der Bahnlinie von Weiskirch nach Mengen zum Anschluß an die Donaualthal-Bahn betr.;
- 12) der Gemeinde Pfullendorf, die Abänderung der Gemeindeordnung betr.;
- 13) der Gemeinden Waldkirch, Thiengen und Vorberg, die Revision der Gemeindeordnung betr., übergeben vom Abg. Hufschmidt;
- 14) der Gemeinde Michelbach um Aufhebung der Großen Ausschüsse;
- 15) 16 Eingaben der Gemeinden Mudau etc., die Herstellung einer Verbindungsstraße von Mudau nach Amorbach betr., übergeben vom Abg. Kiefer;
- 16) der Gemeinde Pfullendorf, die Ermäßigung des Salzpreises betr.;
- 17) der Gemeinde Zognegg, die Führung der Bahnlinie von Weiskirch nach Engen betr., übergeben vom Abg. Roder;
- 18) der Gemeinde Rohrdorf, den Bau einer Höllenthal-Bahn betr., übergeben von demselben;
- 19) der Gemeinde Schönenbach, die Freiburg-Donaueschinger Bahn betr., übergeben vom Abg. Gerwig;
- 20) 7 Eingaben der Gemeinden Weiskirch etc., die Bahnlinie von Weiskirch nach Engen betr., übergeben vom Abg. Roder;
- 21) 7 Eingaben der Städte Waldshut, Donaueschingen etc., die Revision der Gemeindeordnung betr., übergeben von den Abgg. Hebling, Gerwig und Pagenstecher;
- 22) 8 Eingaben der Gemeinden Fischbach, Löffingen etc., die Mobilisation des Gesetzes vom 4. Okt. 1862 über die Rechte der Gemeindebürger bezüglich der Beschränkung des Rechts der Berechtigung;
- 23) Eingabe des Unternehmers in St. Blasien um dienstliche Vesserstellung betr.;

24) der Geschäfts- und Handelsleute in Müllheim, die badische Bank betreffend, übergeben vom Abg. Heidenreich;

25) der Gemeinde Waldstadt, die Pflicht zur Armenunterstützung Seitens der Gemeinden betr., übergeben vom Abg. Fröhlich;

26) des Gemeinderaths von Krauthelm, die Korrektion der Verbindungsstraße zwischen Osterburken und Künzelsau als Zufuhrstraße der Eisenbahn betr.;

27) 19 Eingabe der Privatwaldbesitzer zu Auerbach etc., die Abänderung des Forstgesetzes betr., übergeben vom Abg. Kiefer.

* **Karlsruhe**, 26. März. Man theilt uns Folgendes zur Aufklärung eines betr. Sachverhältnisses bezw. zur Berichtigung mit. „Nach einer Mittheilung in Ihrer Zeitung hat ein Mitglied der Ersten Kammer (Hr. v. Verlichingen) bei der Beratung über die Rechnungsnachweisungen des Kriegsministeriums unter Andern die Bemerkung sich erlaubt, der Staat treibe mit den ärarischen Wohnungen zu Bruchsal Quartierwucher.“

Diese, auf offenkundiger Mißkenntnis aller tatsächlichen Verhältnisse beruhende Aeußerung muß berichtigt werden.

Die Wohnungen, welche der Staat in der Residenzvorstadt zu Bruchsal besitzt, werden, wenn sie nicht frei werden, jeweils im Soumissionsweg anderweit vergeben, und es ist dieses namentlich auch bei Verlegung des Hofgerichts geschehen, wobei inbezug die Soumission ausdrücklich auf Militär- und Zivilbesitzer beschränkt wurde.

Hätte man diese Einschränkung nicht eintreten lassen, so würde man wohl noch ganz andere Miethzinsen, als die wirklich erzielten, erhalten haben, und es könnte dann etwa von dem durch den Hrn. Abgeordneten erhobenen Vorwurf die Rede sein.

Daß die Bewerber um die frei gewordenen Wohnungen in einzelnen Fällen sich hineinsetzten und hohe Gebote einlegten, das hat doch der Eigentümer der Gebäude nicht zu verantworten.

Da man einmal wußte, daß unter den Offizieren und Beamten, welche mit dem 3. Dragonerregiment, und unter den Beamten, welche mit dem Verwaltungshof nach Bruchsal versetzt wurden, mehr Liebhaber waren, als ärarische Wohnungen vorhanden sind, so blieb kein anderer Ausweg übrig, als der, sämtliche Wohnungen zur Soumission auszuschieben, wollte man gegen Alle gerecht sein, wollte man Allen die Gelegenheit, um eine ärarische Wohnung sich zu bewerben, eröffnen, und wollte man nicht den Einem vor dem Andern bevorzugen.

Dies ist der wahre Hergang der Sache, welcher dem Unbefangenen nicht wohl einen gegründeten Anlaß zu irgend einem Tadel bieten wird.“

Deutschland.

Frankfurt, 25. März. Gestern Morgen 7 Uhr ist der Landgraf Ferdinand von Hessen-Homburg im Alter von 83 Jahren gestorben. Das Landgrafenhum fällt an das Großherzogthum Hessen.

München, 24. März. (Wälz. Ztg.) Die Nachricht eines Augsburger Blattes, daß bei uns bereits Pferdeankäufe für die Armee angeordnet seien, ist, wie sich erwarten ließ, unbegründet. Alle etwaige Vorbereitungen für eine Mobilisation erstrecken sich nicht über die Bureaus des Kriegsministeriums hinaus. Beratungen über die eventuell zu ergreifenden Maßregeln politischer und militärischer Natur haben ohne Zweifel bereits stattgefunden, entziehen sich aber selbstverständlich der äußeren Kenntniß. Was darüber in die Blätter geschrieben wird, beruht lediglich auf Vermuthungen.

Darmstadt, 23. März. (Fr. Z.) Nachdem die Erste Kammer in ihrer heutigen Sitzung sich dem Beschluß der Zweiten Kammer, das Finanzgesetz auf weitere drei Monate zu prorogiren, angeschlossen hatte, kam ein Antrag des Hrn. Riedesel, betr. die Gehalte der Volksschullehrer, zur Beratung. An Schulen nämlich, welche von weniger als 30 Schülkern besucht werden, erhält der Lehrer nur 250 fl. Gehalt, während sonst der Minimalgehalt 300 fl. beträgt, welcher nach dem Antrag allgemein eingeführt werden soll. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem zuvor von dem Regierungskommissär eine Gesetzentwurf in Aussicht gestellt wurde, welche die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer im Allgemeinen regeln solle.

Darmstadt, 24. März. (Fr. P.-Ztg.) Folgendes Patent, den Regierungsantritt Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs Ludwig III. von Hessen und bei Rhein etc. in dem Landgrafenhum Hessen betreffend, ist so eben erschienen:

Wir Ludwig III. von Gottes Gnaden Großherzog von Hessen und bei Rhein etc. erkunden und bekennen hiermit: Da es dem Allmächtigen gefallen hat, Unseres vielgeliebten Herrn Vaters landgräfliche Durchlaucht, den weiland durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Ferdinand Heinrich Friedrich, souveränen Landgrafen zu Hessen, Fürsten zu Hersfeld, Grafen zu Ravensleubogen, Diez, Biebrich, Nidda, Hanau, Schaumburg, Jernburg und Büdingen etc.,

Sr. Kaiserl. Königl. Apostol. Maj. General der Kavallerie etc., am heutigen Vormittag um 7 Uhr, nach einer segensreichen, nahezu achtzehnjährigen Regierung aus diesem Leben abzurufen, und da mit dem Hinscheiden dieses durchlauchtigsten Fürsten der Mannstamm des bis dahin regierenden souveränen landgräflichen Hauses ein Ende genommen hat, so sind, kraft bestehender Erbfolge-Ordnung und Verträge, sämtliche Lande, Besitzungen und Rechte dieses landgräflichen Hauses nunmehr Uns und Unserm groß. Hause zu- und heimgefallen. In Gemäßheit dessen haben Wir die Regierung in dem Landgrafenhum angetreten und von den Uns, als dem nunmehrigen Landesherren, zustehenden Rechten Besitz ergriffen. Indem Wir dies durch das gegenwärtige Patent öffentlich erklären und verkündigen, erwarten Wir von unsren neuen Unterthanen, Dienern und sonstigen Staatsangehörigen, daß sie Uns als ihren rechtmäßigen Landesherren anerkennen und Uns die Treue und Anhänglichkeit beweisen und den Gehorsam leisten werden, womit sie bisher dem landgräflichen Hause zugethan waren und wie es treuen Unterthanen und Dienern gegen ihre Landesherren gebührt. Dagegen ertheilen wir die Versicherung, daß Unser Streben stets darauf gerichtet sein wird, die Wohlthat Unserer getreuen Unterthanen zu befördern und in landesväterlicher Huld und Gnade die auf Uns übergegangenen Regierungsgewalt zum Besten Unserer neuen Lande auszuüben. Die öffentlichen Diener und Beamten bleiben vorerst sämtlich in ihren Stellen und bisherigen Amtverrichtungen. Wir versehen Uns zu denselben, daß sie durch treue Pflichterfüllung Unseres gnädigsten Vertrauens und Unserer Fürsorge sich würdig zeigen werden. Zur Urkunde dessen haben Wir die offene Bekanntmachung eigenhändig unterschrieben und mit Unserm groß. Siegel versehen lassen. So gegeben Darmstadt, am 24. März 1866. (L. S.) Ludwig.

Wiesbaden, 25. März. (Fr. Z.) Der Landtag wurde gestern bis zum 3. Apr. d. J. vertagt. Am 4. Apr. wird die Zweite Kammer über den Antrag des Abg. Born (Massan) und Genossen auf Wiederherstellung der 1849er Verfassung verhandeln. Vor der Vertagung verwilligte die Ständeversammlung statt der vorläufig angeforderten 2 Steuerimpeln nur 1 Sempel.

Hannover, 23. März. Der Zusammentritt der Ständeversammlung wird nach der „Nordsee-Ztg.“ am 18. April erfolgen.

Hamburg, 24. März. (W. K. B.) Die „Hamb. Nachr.“ bringen eine offiziöse Mittheilung aus Kiel, welche den Trinkspruch des Statthalters v. Gablenz auf den König von Preußen und den Loast des preussischen Contreadmirals Zachmann auf den Kaiser von Oesterreich als bedeutungsvoll hervorhebt. Der Statthalter von Holstein sandte telegraphische Glückwünsche an den König Wilhelm und erhielt von Letzterem eigenhändig telegraphische Antwort.

Dem „Hamb. Corresp.“ wird aus Kopenhagen geschrieben: In Folge der Aushebung von Seelenten für die preussische Flotte herrscht auf den deutschen Ostseeflächen großer Matrosenmangel, so daß die deutschen Rheder Matrosen in Dänemark anwerben. In den nächsten Tagen gehen 200 mit hohem Lohn engagierte Matrosen nach Rostock.

Der Wiener offiziöse Korrespondent der Hamburger „Börse“ versichert, daß unterm 21. d. hohen Orts eine Ordre erlassen sei, welche die Ausführung aller projektirten militärischen Vorsichtsmaßregeln sistire.

Ans Schleswig-Holstein, 23. März. Nach einem Bericht der „Schl.-Holst. Ztg.“ aus Kiel hätte Kirchenrath Dr. Lüdemann in der dortigen Klosterkirche am Geburtstag des Königs von Preußen in der Festpredigt hervorgehoben, „daß alle königl. Macht und Herrlichkeit, falls sie nicht auf den Wegen der Rechtchaffenheit und Gerechtigkeit wandle, ohnmächtig sei vor der Macht und Herrlichkeit des Königs der Könige, der nicht zögern werde, eine im Dienste des Unrechts und der Gesetzlosigkeit genutzte Macht in Staub zu verwandeln.“

H. v. Gablenz erzählt das Blatt weiter, habe nach dem Schluß des Gottesdienstes dem Redner seine Zufriedenheit ausgedrückt: auch er hätte es mit Recht und Gerechtigkeit. Gouverneur v. Mantuffel hatte gegen Neujahr einen aus Braunschweig datirten Drohbrieff empfangen, worin „Einer vom Bunde der 24 deutschen Jünglinge“ unter den gräßlichsten Schmähungen ihm Tod und Untergang schwur. Es wurde schon damals aus einigen in der Schmähchrift erwähnten Vorfällen, von denen nur ein Einwohner der Stadt Schleswig Kunde haben konnte, vermutet, daß dieselbe ihre Entstehung dort gefunden habe. Vor einigen Wochen nun wiederholte sich die Geschichte mit etwas veränderten Umständen. Diesmal kam der Brief aus Rendsburg, und außer dem Gouverneur wurde auch der Bürgermeister v. Gußmann in Schleswig mit einem solchen Pasquill bedacht. Der frühere Fabrikant Pjreschner wurde nun als verdächtig in Untersuchung gezogen, und nach einem dreistündigen Verhör soll derselbe gestanden haben, daß er der Verfasser der erwähnten Schmähchriften sei. Er war übrigens nach der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ mit Umgehung der Zivilgerichte direkt durch Militär aufgehoben worden. — Aus Lönning, 22. März, wird gemeldet: „Die Senatoren Dan, Brauch und Schubarth, welche von ihren Aemtern freiwillig zurückgetreten waren, sind zu Magistratsmitgliedern wieder gewählt worden.“

Kiel, 23. März. Die Statthalterschaft und die Landes-

regierung wohnten gestern dem Gottesdienst zur Feier des Geburtstags des Königs von Preußen bei.

Kiel, 24. März. (W. L. B.) Die Einweihung der zur Erinnerung an die Erhebung der Herzogthümer im März 1848 gestifteten Gedenktafel hat heute bei Bethheiligung von mindestens 3000 Menschen stattgefunden. In der überfüllten Kirche hielt Pastor Schrader die Weihrede. Der Herzog Friedrich war anwesend. Nach dem Gottesdienst bewegte sich ein großer Zug nach den bekränzten Gräbern der Gefallenen. Die Ordnung war musterhaft.

Berlin, 24. März. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärt wiederholt auf's Bestimmteste, daß in Preußen keinerlei militärische Maßnahmen, welche eine Mobilisirung zum Zweck haben, angeordnet seien; eben so wenig sei es wahr, daß eine stärkere Ausrüstung der schlesischen Festungen stattgefunden habe, denn was von Geschützen dorthin gebracht worden, sei nichts, als der schon seit einem Jahr im Gang befindliche Austausch alter gegen neue Geschütze, womit in regelmäßiger Weise fortgefahren werde, z. c. — Gleichzeitig verweist die „Kreuz-Ztg.“ die Gerüchte über den beabsichtigten Verkauf oder Verpachtung der Saar-Kohlengruben in das Reich der Fabel; „wir unsererseits — sagt sie — glauben zu wissen, daß die Staatsregierung den stets zunehmenden Werth des Saarbrücker Kohlenlagers viel zu richtig schätzt, als daß sie geneigt sein sollte, das vermuthete Geschäft irgendwie in Aussicht zu nehmen. Die finanzielle Lage des Staats gibt dazu, wie wir gleichfalls zuverlässig hören, auch nicht die entfernteste Veranlassung, selbst wenn kriegerische Eventualitäten eintreten sollten.“

Die Ansprache, welche der König vorgestern an die um ihn versammelten Generale gehalten, hat eine dem Ernst der Zeit angemessene Fassung gehabt, aber jede Hindeutung auf kriegerische Eventualitäten vermieden, was gewiß nicht der Fall gewesen, wenn solche für die nächste Zukunft in's Auge gefaßt wären. Der Kreis der Angeredeten umfaßte die hier wohnenden aktiven und zur Disposition gestellten Generale, und von auswärts diejenigen, welche zugleich Generaladjutanten sind oder früher in diesem Verhältnis gestanden haben. Diese Herren pflegen stets zum Geburtstagsfest des Königs hier zu erscheinen; besonders hieher berufen ist Niemand worden. Dies zur Widerlegung der kriegerischen Gerüchte, die sich schon im Voraus an die noch gar nicht gehaltene Ansprache geknüpft hatten.

Der Fürst von Hohenzollern hatte gestern Vormittag eine längere Besprechung mit dem Chef des Generalstabes der Armee, Generalleutnant v. Moltke, und begab sich darauf in das königl. Palais. Morgen Abend geht der Fürst über Dessau und Altenburg nach Düsseldorf zurückzukehren. — Die „Zeitschrift für Korrespondenz“ theilt mit, daß der im März gemachte Finanzabschluß alle Erwartungen übertroffen und daß von einer, die Dithahn betreffenden Transaktion keine Rede sei.

Berlin, 26. März. (Sch. M.) Sämmtliche Zollvereins-Regierungen, ausgenommen Hannover, das noch schweigt, nehmen italienische Gesandte an.

Breslau, 23. März. (W. L. B.) Mittheilungen aus Wien melden über den Fortgang der österreichischen Rüstungen Folgendes: Bei dem Dorfe Bruchna im österreichischen Schlesien an der preussischen Grenze wird ein Truppenlager abgerichtet. Zur Reparatur der Festungswerke von Krakau und zur Armirung derselben sind dem Kommandanten 4000 Arbeiter und eine Million Gulden zur Verfügung gestellt. In Döblingen werden zwei Regimenter Kavallerie erwartet. Die Regimentskommandeure haben Befehl erhalten, ihre Truppen in der Nähe der Eisenbahnen zu konzentriren, um jeden Augenblick zum Abmarsch bereit zu sein. Die Magistrate von Haram und Karstadt haben die Aufforderung erhalten, zur Beschleunigung des Ankaufs von Pferden Vorschläge zu machen. Mit den Güterzügen werden die Reserven in größeren und kleineren Abtheilungen nach Italien befördert.

Breslau, 25. März. (Köln. Ztg.) Die Befestigungen Rakas werden armirt; es wird mit großer Anstrengung Tag und Nacht gearbeitet. Die nach Böhmen abgegangene Garnison wird durch galizische Truppen ersetzt. In Teschen rückte ein Jägerbataillon ein, in Troppau eine Infanterieabtheilung. In Grnsdorf, Ragdorf, Riegersdorf, zwischen Bielitz und Teschen sind Truppen angesetzt.

Wien, 24. März. (Fr. P. Z.) Die Nachricht der Berliner „Börs.-Ztg.“ bezüglich eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers von Oesterreich an den König von Preußen ist dahin zu präzisiren, daß der Kaiser den König, wie gebräuchlich, zu seinem Geburtstagsfest beglückwünschte.

Das Uebungslager an der ungarischen Grenze ist vom Kriegsministerium contramandirt worden.

Wien, 24. März. (A. Z.) Daß der beabsichtigte Schritt am Bunde aufgegeben sei, ist unrichtig; er wird erfolgen, sobald Preußen eine Befestigung unternehmen sollte. Gestern früh ist ein preussischer Kurier aus Oppeln eingetroffen, und unmittelbar darauf stattete Febr. v. Werther dem Grafen Mensdorff einen längeren Besuch ab. — Professor Dypolzer ist telegraphisch an das Krankenlager der Großherzogin von Oldenburg berufen, gestern abgereist.

Wien, 24. März. Die „Generallorr.“ widerlegt die Angaben verschiedener Blätter, wornach jetzt 1000, und im Herbst weitere 8000 Mann für das österreichische Freiwilligenkorps in Mexiko geworben werden sollten. Diese Zahlen gehen, der „Gen.-Korr.“ zufolge, weit über das in der Nachtragskonvention festgesetzte Maß hinaus. — Die offizielle „Abendpost“ bringt folgende Berichtigung:

Das „N. Fremd.“ und die „N. Fr. Presse“ meldeten gestern fast übereinstimmend, daß die Grazer Sicherheitsbehörde einer Konspiration auf die Spur gekommen sei, welche den Zweck hat, Erzeße gegen die in Graz wohnhaften Juden zu veranlassen. Das erwähnte Blatt wollte überdies von einem Subskriptionsbogen wissen, auf welchem sich 150 Individuen durch ihre Unterschrift verpflichtet

hätten, an einem Erzeß Theil zu nehmen. Diese Angaben reduziren sich, nach uns von kompetenter Seite zugekommenen Mittheilungen, auf die von einem herabgekommenen Gewerbsmann an einem öffentlichen Ort angeblich ausgesprochene, von ihm jedoch in Abrede gestellte Aufforderung, an einem Erzeß gegen die Juden Theil zu nehmen. Wir können übrigens hinzufügen, daß die betreffende Aufforderung ohne allen Erfolg geblieben und in Graz selbst ganz spurlos vorübergegangen ist.

Italien.

Florenz, 24. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte der Abg. Corte die Regierung in Betreff der Vorgänge in Varese, wobei Personen aus religiösen Motiven ermordet wurden, und fragte an, ob die Regierung gründliche Reformen gegen den Klerus, unter Sanktion des großen Prinzips der Gewissensfreiheit, ausführen werde? Der Minister Chiaves erwiderte, die fraglichen Vorgänge seien nicht politischer Natur; von einem Wüthche aufgeregte Fanatiker seien in das Haus eines protestantischen Geistlichen eingebrungen und hätten daselbst mehrere Personen getödtet. Es seien in Folge dessen 70 Individuen verhaftet worden. — Die Kammer hat sich bis zum 16. April vertagt.

Mailand, 21. März. (N. Fr. Ztg.) Die Kammer hält nun schon seit 3 Tagen Beratungen über ihr eigenes Budget, während das Defizit des Staats sich täglich um 1 Mill. vergrößert. Nachdem die verschiedenen Finanzvorschläge des Hrn. Scialoja von dem betreffenden Ausschusse mehr oder weniger beseitigt wurden, kommt man wieder auf das Sella'sche Projekt der Maßsteuer zurück und die Linke bringt die 1/10 Proz. Couponsteuer in Vorschlag oder vielmehr die Konversion der Sproz. Rente und 4 1/2 Proz. Dem Vornehmen nach wird dieser Vorschlag gegenwärtig im Schoße des Finanzausschusses einer ernsten Prüfung unterzogen; es wäre dies wenigstens eine wohlthätig einzutreibende, leicht zu kontrollierende und nur auf dem besitzenden Theil des Landes lastende Steuer, während die Maßsteuer ausschließlich den ärmsten Theil der Bevölkerung belasten würde.

Hier hatten wir vorgestern ein improvisirtes Mazzini- und Garibaldi-Meeting, das aber ganz ruhig verlief; Abends erreichte aber das Zerplagen einer Bombe auf dem Bergaro die dortigen Bewohner aufs Höchste. Diefelbe wurde zu Ehren Mazzini's geschleudert und verbreitete bengalisches Feuer. Turin hatte gleichfalls ein imposantes Mazzini-Meeting und am nächsten Sonntag soll eines in Neapel stattfinden.

Frankreich.

Paris, 24. März. Das „Mémor. Diplom.“ bringt heute sehr friedliche Nachrichten über die Lage der Dinge in Deutschland. Dasselbe läßt sich aus Wien vom 23. per Telegraph melden:

Behaupten Sie sich, daß die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über den nahen Ausbruch eines Kriegs zwischen Preußen und Oesterreich ohne alle Begründung sind. Seit der Absendung der Antwort des Grafen v. Mensdorff-Pouilly vom 9. Febr. ist kein einziger Zwischenfall vorgekommen, welcher die Befürchtung rechtfertigen könnte, daß eine der beiden deutschen Großmächte den Boden der diplomatischen Unterhandlungen verlassen will, um die Waffen entscheiden zu lassen. Was Oesterreich anbelangt, so ist es offiziell konstatirt, daß der Finanzminister bis jetzt nicht die geringste Ausgabe in Aussicht auf eine kriegerische Eventualität gemacht hat. Unsere Regierung wird keinen Augenblick lang von der ruhigen und klugen Haltung abgehen, welche sie sich betrefFs Preußens auferlegt hat. Indem sie die Rechte aufrecht erhält, in deren Besitz sie traut der Gasteiner Konvention ist, vermeidet sie selbst jeden Schein einer Provokation. Es ist gleichfalls sicher, daß die letzte Reise des Grafen v. D. Goltz nach Berlin eher dazu beigetragen hat, die Lage zu verbessern, als sie zu verschlimmern. Die Ereignisse werden bald auch die Ungläubigsten davon überzeugen.

Zu dieser Depesche fügt das „Mém. dipl.“ noch Folgendes hinzu:

Das vorstehende Telegramm, das uns aus authentischer Quelle zugeht, beschäftigt unsere übrigen beruhigenden Nachrichten und gestattet uns, den Ursprung der kriegerischen Gerüchte anzugeben. Die Bemühungen des Grafen Bismarck gehen darauf aus, neben dem Condominium eine gemeinschaftliche Souveränität über die beiden Herzogthümer zu konstituiren. Durch dieses Mittel will sich der preussische Ministerpräsident eine Ueberwachung über die österreichische Verwaltung anmaßen und so der Sympathie für den Prinzen von Augustenburg einen Damm entgegenstellen. Um zu seinem Zweck zu gelangen, wollte Graf Bismarck vor einem Monat ungefähr einen großen „Coup“ ausführen, für dessen Erfolg er aber der Sympathie Frankreichs sicher sein mußte. Er richtete deshalb an Hrn. v. D. Goltz eine vertrauliche Depesche, welche diesen bestimmte, sich nach Berlin zu begeben. Wir kennen den Wortlaut dieser Depesche nicht, aber wir sind sicher, daß die Rathschläge des Grafen v. D. Goltz viel dazu beigetragen haben, um seine Regierung über die Gefahren einer zu schroffen Politik aufzuklären, der sich Frankreich angeschlossen nicht geneigt sei. Es ist überflüssig, die Gerüchte Betreffs der Vorstellungen zu widerlegen, welche die Westmächte in Wien gemacht haben sollen. Was Frankreich anbelangt, so braucht man nur an die Worte zu erinnern, welche der Staatsminister über die strenge Neutralität sagte, die Frankreich in der schleswig-holsteinischen Frage beobachten will. Die betreffenden Debatten sollen Hrn. v. Bismarck auch den Wunsch benommen haben, aus der Gasteiner Konvention herauszutreten. Die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen bleiben also in einem Status quo, der keinen beunruhigenden Charakter für den Weltfrieden darbietet. Jedenfalls darf man auch nicht übersehen, daß, falls der Konflikt in einen Krieg ausarten sollte, derselbe nur das Resultat eines preussischen Ultimatus sein kann.

* **Paris, 24. März.** Das „Mém. dipl.“ läßt deutlich durchblicken, daß die Mächte wegen der Donau-Fürstenthümer nichts weniger als einig sind. Die Integrität des Territoriums der Pforte ist zwar allerseits anerkannt, aber die Konferenz theilt nicht ebenso allseitig die wegen Reorganisation des Hospodars von der Pforte und einigen Mächten dargelegten Ansichten, und die Repräsentanten erklärten, darüber ohne Instruktionen zu sein und an ihre Regierungen

Bericht erstatten zu müssen. Der Tag der dritten Konferenzsitzung ist in der That noch nicht festgesetzt. — In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers kam Nichts von allgemeinem Interesse vor. Es wurden die Bureaus erneuert und verschiedene Vorlagen lokaler Natur erledigt. — Die nächste Sitzung findet erst nach Ostern den 4. April statt. — Der „Patrie“ geht die Nachricht zu, daß der jetzt 27 Jahre zählende älteste Sohn des jüngst verstorbenen zweiten Königs von Siam auf den Wunsch seines Onkels, des ersten Königs, eine Reise nach Europa machen wird, und daß er namentlich sich längere Zeit in Paris aufhalten und der Eröffnung der Universalausstellung im Jahr 1867 beiwohnen wird.

In Messina scheint man sich mit dem Bescheid der Florentiner Kammer nicht zufrieden geben zu wollen, und entschlossen zu sein, Mazzini immer und immer wieder zu wählen. — Mehrere katholische Notabilitäten haben, wie man sagt, in Folge Schreibens aus Rom die zu der Amedée Chierry'schen neuen Bibelübersetzung zugesagte Mitwirkung oder Bestimmung zurückgezogen. — Hr. Emile Olivier beurtheilt heute in der „Presse“ die jüngste Kaiserl. Rede. „Vor einiger Zeit — sagt er — hätten wir in dieser Rede ein Versprechen gesehen wegen der Worte: Frankreich will, was wir wollen, Stabilität, Fortschritt und Freiheit. Heut können wir darin nur eine unerbittliche Vertagung der Freiheit sehen.“ — Wegen der im Kolleg. Ste. Barbe stattgehabten unruhigen Austritte wurden 25 Schüler definitiv gestrichen, darunter 18 Freiplätze.

H. Hugo hat an Clément Duvernois ein Schreiben gerichtet, das mit gesperrter Schrift diesen Abend auf der ersten Seite der „Liberté“ erscheint. Es ist ein Dankschreiben, das der Dichter an den Publizisten wegen dessen begeisterter Beurtheilung der „travailleurs de la mer“ richtet, und gleichzeitig eine Art Glaubensbekenntnisses, welches dem durch Clément Duvernois so glänzend vertretenen Gruppe entspricht. Nur will H. Hugo neben der Freiheit noch die Permanenz der Revolution, die nach seiner Definition Nichts als ein Freiwerden latenter Wärme ist. Die Freiheit ist für ihn die Eine, Untheilbare, die da sagt: Sum qui sum. H. Hugo findet es selbst, daß man von nothwendigen und accessoirischen Freiheiten sprechen kann. — E. Olivier gibt heute wieder einen ganz kurzen Artikel, der mit aller Würde eines richterlichen Urtheils oder eines Orakels einherspricht, um einfach zu sagen, daß man, wenn man der Freiheit bedürftig ist, besser thut, ungeduldig, als geduldig zu sein. — Rente 68.45, Cred. mob. 671.25, ital. Anl. 60.75.

Belgien.

Brüssel, 24. März. Heute wurde der Orts'sche Antrag auf Vermehrung der Zahl der Deputirten und Senatoren vom Repräsentantenhaufe mit 59 gegen 45 Stimmen angenommen. Die zu dem Antrag gestellten Amendements waren vorher abgelehnt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 22. März. (Nat.-Ztg.) Dem Kriegsgeldes, das von Deutschland herüberkört, schenkt man hier keinen rechten Glauben; es seien freilich manche „unberechenbare“ Mächte im Spiel, aber die Eventualität eines Kriegs widerspreche aller Logik, allem gesunden Menschenverstande; es frage sich eben nur, wer nachgeben werde. — Was hier zumelst das Publikum beschäftigt, ist die Anwesenheit Kaumanns und Bezaks, der Gouverneure von Wilna und Kiew, deren Vorschläge in Bezug auf die Ausrottung des Katholizismus in den westlichen und südlichen Gouvernements die bisherige Maßregeln noch weit übertreffen sollen; es handelt sich natürlich dabei in erster Reihe um die vollständige Expropriation des polnischen Adels. Daß die beiden Gouverneure, wenn auch nicht ohne Kampf, durchbringen, gilt für jetzt als ziemlich sicher; ihre früheren Erfolge berechtigen sie jedenfalls, dies zu hoffen.

St. Petersburg, 23. März. Das „Journ. de St. Petersburg“ meldet unter Bezugnahme auf die Erklärung Bayard's im englischen Unterhaufe vom 16. März: Nachdem der Emir von Bokhara einen mit sehr friedlicher Mission betrauten Abgesandten des Generals Schernajew verhaftet, hat letzterer den Syr Darja überschritten. Weiter gehen die eingelaufenen Nachrichten nicht.

Türkei.

Beirut, 7. März. Joseph Karara ist verschwunden. Die Bevölkerung des Kesruan soll ganz entwaffnet werden.

Großbritannien.

* **London, 23. März.** Parlamentsverhandlungen vom 22. März.

Im Oberhaufe sagt Earl Granville auf eine Frage des Earl of Cadogan, daß das Redell des vor zehn Jahren beschlossenen, für die St. Pauls-Kirche bestimmten Wellington-Denkmal im nächsten August fertig sein werde.

Im Unterhaufe erstattet der Wahlprüfungs-Ausschuß für Bridgnorth in Shropshire seinen Bericht, wornach die Erwählung Sir J. Actons für unglücklich, die von Hrn. Whitmore für gültig erklärt ist. Nach dem Bericht des Komitees für Tonnes in Devon ist die Wahl von John Penber, Esq., wegen Bestechung unglücklich. — Auf den Antrag, in Subskriptionskomitee über die Armees-Voranschläge zu gehen, macht Disraeli auf ein Beispiel von schlechter Verwaltung der militärischen Sparkassen aufmerksam. In Indien fielen vor drei Jahren ein Soldat, der 15 Pfd. St. in einer Sparkasse hinterlegt hatte, und seine betagten und armen, in Buckinghamshire lebenden Eltern haben den Betrag noch heute nicht erhalten. Ferrand erwähnt einen ähnlichen Fall, der sich in Yorkshre begeben habe. Der Schatzkanzler verspricht, daß diese Fälle unterjocht werden sollen. Vor der Hand und in der Abwesenheit des Kriegsministers (Marquis of Hartington) könne er dem Hause keine Auskunft darüber ertheilen. Whitehead behauptet, daß Stephens, das „Hauptzentrum“ der Fener, nur durch Verrath von innen und außen aus dem Gefängnis in Dublin entwischt sein könne. Die Regierung treffe wegen dieses Stephens und des Feuertums überhaupt schwere Verantwortlichkeit. Das „Hauptzentrum“ habe sich schon i. J. 1848, als Adju-

tant von Smith O'Brien kompromittirt; i. J. 1858 habe Stephens auch die Pöbel-Verschönerung — die mit der Fenerier identisch sei — angezettelt und nebst mehreren Helfershelfern sei er von der damaligen konservativen Verwaltung gerichtlich verfolgt worden; aber das liberale Ministerium, Lord Derby's Nachfolger i. J. 1858, habe aus falscher Milde alle diese gefährlichen Menschen laufen lassen. Jetzt habe man den Dank dafür. Und seit mehr als Jahresfrist über das Treiben der Fenerier unterrichtet, habe die Regierung dennoch aus Parteirücksichten bis nach den allgemeinen Parlamentswahlen gewartet, bevor sie einen Schlag gegen die Verschönerung fahre. — Der Attorney-General für Irland weist letztere Insinuation lebhaft zurück. Die irische Verwaltung habe das Verdienst, eine ernste Rebellion, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, unterdrückt zu haben; er sei übrigens bereit, alle auf den Gegenstand bezügliche Schriftstücke vorzulegen. Bailie sagt, die Empörung sei nicht unterdrückt, sondern stehe noch in voller Blüthe. Sir R. Peel rühmt den Eifer und die Geschicklichkeit der irischen Polizei, und auch Sir G. Grey sagt, daß die Verwaltung des Bistums von Irland (Lord Robeson) sich keine Pflichtverpflichtung irgend einer Art vorzuwerfen habe. — G. Bentinck beantragt eine Resolution, dahin lautend, daß es nicht zweckmäßig sei, die Bewerbung um den Bau der projektirten neuen Gerichtshöfe auf sechs Architekten zu beschränken. Die Konkurrenz sollte eine ganz offene sein. Derselben Meinung erklären sich Sir G. Bowyer, Eite, Gochrane, Henley und andere Mitglieder, theils aus künstlerischen theils aus konservativen Rücksichten, während W. Comper und der Attorney-General die von der Regierung beobachtete Methode verteidigen. Bei der Abstimmung wird die Resolution Bentinck's mit 31 Stimmen Majorität gegen die Regierung (mit 101 gegen 70) angenommen.

London, 24. März. Parlamentsverhandlungen vom 23. März.

Im Oberhause legt der Lord-Kanzler eine Bill vor, welche die Vorschläge der königl. Kommission über die Todesstrafe mit einigen Modifikationen auszuführen bezweckt. Die erste Lesung wird genehmigt und die zweite auf den 17. April anberaumt.

Im Unterhause fragt O'Reilly den Unterstaatssekretär des Auswärtigen, auf wessen Autorität hin die Zeitungen vom 26. Dez. 1865 folgende Meldung gebracht hätten: „Der Earl of Clarendon veröffentlicht folgende, von Ihrer Maj. Konsul in Rom übersandte, vom 28. Nov. datirte Nachricht: Mehrere Räuberbanden sind jetzt in solcher Zahl aus dem Neapolitanischen in den Kirchenstaat gedrungen, daß die kleine päpstliche Truppenmacht (in Abwesenheit der Franzosen) augenscheinlich außer Stand ist, es mit ihnen erfolgreich anzunehmen.“ Ob die Regierung wisse, daß die am 4. Januar aus Paris telegraphirte Botschaft: „Es wird amtlich angezeigt, daß beinahe alle Briganten im römischen Gebiet sich den päpstlichen Behörden ergeben haben“, richtig war? Und ob er etwas dagegen habe, die ganze amtliche Korrespondenz über das Räuberwesen aus dem Jahr 1865 vorzulegen? — Layard sagt, daß Lord Clarendon jene Notiz, die ein Auszug aus einer Depesche des Konsuls in Rom war, selbst in die Zeitungen habe einrücken lassen. Mehr als ein britischer Unterthan sei bekanntlich in die Hände der Räuber gefallen, und jene Warnung zu unterlassen, wäre daher tadelnswürdig gewesen. (Hört, hört!) Er halte die von seinem ehrenw. Freund erwähnte telegraphische Meldung aus Paris nicht für richtig. Gegen die Veröffentlichung der Korrespondenz über das Räuberwesen würde Manches einzuwenden sein.

Der Schatzkanzler beantragt die Vertagung des Hauses bis zum 9. April und legt bei diesem Antrag mit Bezugnahme auf die Motionsanträge von Carl Grosvenor und Hrn. Kinglake, daß die Regierung beschloffen habe, mit der Bill vorzugehen und nicht den Resolutionsweg zu beschreiten. (Beifall von den ministeriellen Bänken.) Der Motion des Carl Grosvenor werde sie mit Entschiedenheit entgegenzutreten; erstens, weil diese Motion etwas Anderes sage, als sie behaupte, und zweitens, weil sie ein deutliches Mißtrauensvotum gegen die Regierung sei. Aber die Regierung sei nicht abgeneigt, zu versprechen, daß sie nach der zweiten Lesung der Reformbill und vor der Komiteeberathung darüber ihre Absichten in Bezug auf die Vertheilung der Sitze und den Jenus in Schottland und Irland eröffnen werde. (Beifall.) Diese Eröffnungen würden in Gestalt einer Bill auf den Tisch gelegt, aber nicht als solche behandelt werden, sondern nur um dem Hause zur Belehrung zu dienen. (Ironischer Beifall und Gelächter.) — Carl Grosvenor erklärt darauf, daß er bei seiner Anzeige verbleibe; denn seiner Meinung nach wolle das Haus den ganzen Reformplan als ein Ganzes in Erwägung genommen sehen. Kinglake hingegen, obgleich ebenfalls der Meinung, daß die Vertheilung der Sitze nicht von der Regelung des Wahljensus getrennt werden sollte, will das Reformprinzip selbst und auch die Regierung nicht bekämpfen und wird seine Motion erst in der Komiteeberathung stellen, aber für die zweite Lesung stimmen. (Ministerieller Beifall.) Dillpant ist von der Eröffnung des Schatzkanzlers so befriedigt, daß er seine Motionsanzeige ganz zurücknimmt. Dillpant bemerkt, es sei eine gefährliche Fehlbewertung, seine Fronte Angesichts der feindlichen Schlachtordnung zu ändern. Der Schatzkanzler habe die Frage auf dem alten Fleck stehen lassen. Eine Bill vorlegen wollen, die nicht als Bill behandelt werden soll, das heiße mit dem Hause sein Spiel treiben. Auch die vorgelegte Wahlsatzung tadeln mehrere konservative Mitglieder als mangelhaft. Lord Rob. Montagu sagt bei dieser Gelegenheit von Hrn. Villiers, derselbe sei der „vorgebliche Freund der arbeitenden Klassen“, worauf der Schatzkanzler entgegnet, daß die arbeitenden Klassen, wenn sie im Parlament säßen, dem edlen Lord ein Beispiel guter Lebensart geben könnten. Dillpant meint, der Schatzkanzler suche an die Lebensweisen der Masse zu appelliren. Nach einigen andern Artigkeiten dieser Art geht man zu einem andern Gegenstand über; aber das Haus wird bald, nachdem es die Vertagung genehmigt hat, „ausgehöhlt“.

London, 24. März. Die Königin Marie Amalie, Wittwe Louis Philipp's (geb. 26. April 1782), ist heute Mittag auf Schloß Claremont gestorben.

Amerika.

* Rio de Janeiro, 24. Febr. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind nichts weniger als befriedigend; sie beweisen unwiderprechlich nicht bloß die ungeheure Verwundenheit, sondern auch, was schlimmer ist, den ganz unbegreiflichen Mangel an Wachsamkeit bei der ausschließlich aus argentinischen Truppen unter General Hornos bestehenden Vorhut der verbündeten Armee am Passo de la Patria. Es steht jetzt fest, daß fortwährend paraguayische Truppen den Parana passirt haben, ohne daß irgend ein Versuch gemacht worden wäre, über ihre Anzahl, ihre Zwecke und die von ihnen

eingenommenen Stellungen etwas Gewisses zu erfahren; man braucht sich daher nicht über die üblen Folgen zu verwundern, welche die, deren Pflicht es war, auf der Hut zu sein, durch solche Unthätigkeit sich auf den Hals zogen. Am 31. Januar griff eine paraguayische Kolonne, wie es heißt aus 3000 Mann auslesener Mannschaft bestehend, nachdem sie, ohne die Aufmerksamkeit der argentinischen Truppen auf sich zu ziehen, über den Parana gegangen war, die Lehtern um 11 Uhr Morgens bei San Cosme an. Zwar wurde sie schließlich von den Argentinischen, die sehr tapfer sochten, zurückgeschlagen, jedoch erst nachdem sie diesen einen schweren Verlust beigebracht und zwei Fahnen von ihnen erbeutet hatte. Der Verlust der Paraguayen, die sich in bester Ordnung zurückzogen, ist nicht bekannt geworden, da sie alle ihre Verwundeten mit sich weg führten. Die Argentinischen sollen an Todten und Verwundeten 390 Mann verloren haben; 189 Verwundete befanden sich in den Hospitälern von Corrientes. Unter den Todten sind Oberst Serrano und Major Marquez, unter den Schwerverwundeten ein Oberst, zwei Oberleutnante und ein Major. Die Paraguayen scheinen es besonders auf die Offiziere abgesehen gehabt zu haben, da deren Verlust verhältnißmäßig sehr groß ist. Lange bevor die Aktion mit dem Bajonet zu Ende gebracht, haben die Argentinischen sich ohne Schießbedarf, so daß sie die Feinde, welche sich in ein Gehölz zurückgezogen, nicht verfolgen konnten; nach dem Treffen hatte auch kein Offizier einen Schuß mehr in seinen Revolvern. General Mitre wird stark getadelt, daß er die Position von Passo de la Patria zu unbedeutend gelassen und sie mit einer Abtheilung Brasilianer zu verstärken, wie General D'Azorio vorgeschlagen, verweigert hatte. Admiral Lamandare ist den 8. Febr. von Buenos Ayres nach Corrientes abgegangen, um das Kommando über die Flotte zu übernehmen. Auch er ist wegen seiner Zögerung heftig getadelt worden, da schon lange der Wasserstand der Flüsse für Operationen der Flotte genügt hat. Die Flotte besteht gegenwärtig aus 4 Panzerschiffen, 1 Fregatte, 6 Korvetten, 9 großen und 4 kleinen Kanonenbooten, 1 Schooner und 4 schwimmenden Batterien. Man darf daher der Nachricht von einer entscheidenden kombinierten Bewegung des Heeres und der Flotte in kurzen entgegenzusehen.

Vermischte Nachrichten.

— München, 23. März. Die „Allg. Ztg.“ brachte neulich die Nachricht, es sei aus Rom eine, die bewußte Speyerer Angelegenheit erzielende Antwort eingetroffen. Aus authentischer Quelle kann nun der „Allg. Ztg.“ mittheilen, daß die Nachricht unrichtig ist und die genannte Angelegenheit zur Zeit noch bei der römischen Kurie in Schwere lag befindet.

— Darmstadt, 24. März. Alsbald nach der Anzeige von dem Tode des Landgrafen wurde bei der Kammer ein Antrag des Abg. Dr. K. Hoffmann, betreffs sofortiger Aufhebung der Spielbank, eingereicht.

— Aus Hessen, 24. März. (Fr. Z.) Die englische Firma Hinde und Glabson, welche sich vertragmäßig zum Bau der Gießen-Wilhelms-Bahn verpflichtet und auch mit Bayern wegen Eisenbahnbauten in Unterhandlung getreten war, hat neuen Nachrichten zufolge fallirt.

— Frankfurt, 25. März. (Fr. Z.) Mit dem Tode des greisen Landgrafen von Hessen-Homburg tritt der früher vielbesprochene Vertrag ins Leben, in Folge dessen die an die groß. Ältere Linie fallende Landgrafschaft mit jener in das Verhältniß einer Personalunion tritt und die bisherigen Verhältnisse des kleinen Landes noch 25 Jahre wesentlich unverändert bleiben sollen. Man hat diesen Inhalt der in Rede stehenden Vereinbarung vielfach in Abrede zu stellen oder abzuschwächen versucht; allein es verhält sich damit in der angegebenen Weise. Auch die Spielbank gehört unter die Institute, deren unveränderte Forteristenz auf 25 Jahre gesichert erscheint. Mit dem Anfall der Landgrafschaft erhält das Großherzogthum Hessen einen Zuwachs von 5 Quadratmeilen und 27,374 Einwohner in den zwei Ämtern Homburg und Reiskirchen (nach der Zählung vom 3. Dez. 1864). Das Budget des Ländchens betrug 1865 500,520 fl. Einnahmen, 441,166 fl. Ausgaben; die Kapitalaktiva am 1. Febr. 1865 262,254 fl., die Staatsschuld 689,319 fl. Der Landgraf besaß noch an Realbesitzungen zwei Herrschaften in der preussischen Provinz Sachsen mit zusammen gegen 12,000 Einwohner.

— Zur Unterfuchung der vulkanischen Erscheinungen auf der Insel Santorin hat der König von Hannover Prof. v. Seebach in Ostingen entsendet. Derselbe ist bereits nach Griechenland abgerüst.

— Homburg, 24. März. Laut Bekanntmachung der Kurbaussverwaltung bleiben „wegen eingetretener Landestruer“ die Spielställe vorläufig geschlossen; ebenso das Theater.

— Berlin, 24. März. Die „Vollst.“ erzählt, daß das Obertribunal am 29. Januar auch in der Zweiten Sache einen mit dem bekannten Beschluß gegen Frenkel vollständig übereinstimmenden Beschluß gefaßt hat. Das Kammergericht hat sich indessen geweigert, auf diesen Beschluß hin das Stadtgericht zur Erhebung der Anklage gegen Zweiten anzuweisen, sich stützend auf Art. 16 des Gesetzes vom 3. Mai 1852, wonach den förmlichen Beschluß über die Anklage dasselbe Gericht zu fassen hat, welches über die wegen Nichtzulassung der Anklage erhobene Beschwerde entscheidet. Das Obertribunal konnte aber diesen Beschluß nicht fassen, weil die Untergerichte über die Zulässigkeit der Anklage auf Grund nur des Art. 84 der Verfassung, nicht auch der für den Thatbestand der Verleumdung erhobenen Anschuldigungen, entschieden hätten. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen diese zweite Ablehnung der Anklage von Seiten des Kammergerichts wiederum Beschwerde beim Obertribunal erhoben.

— In Bezug auf die Nordpol-Expedition schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß nicht Professor Dove, sondern die Akademie der Wissenschaften zu dem betreffenden Entschluß aufgefordert worden ist, und dieses bis jetzt noch nicht erstatet worden ist. Von vornherein ist die preussische Regierung, wie die „N. A. Z.“ von unterrichteter Seite hört, keineswegs abgeneigt, die Expedition durch eine Beihilfe zu unterstützen; der Umfang und die Modalitäten der Unterstützung dürften aber allerdings noch wesentlich davon abhängen, wie das Bortum der Akademie der Wissenschaften ausfallen wird.

— Die „Danzig. Ztg.“ vom 20. d. enthält in ihrem Inseratentheil Folgendes: „So eben eingetroffene glaubwürdige Nachrichten bestätigen leider die Berichte über das Mißgeschick, welches die Expedition des

Hrn. Baron v. d. Decken in Ost-Afrika betroffen, und bringen auch uns die traurige Botschaft von dem bereits im Okt. v. J. daselbst erfolgten Tod unseres innig geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers, des Dr. med. Hermann Lind, welcher jener Expedition als Mitglied angehörte, in seinem noch nicht vollendeten 26. Lebensjahre. Danzig, 19. März 1866. Die Hinterbliebenen.“

— Danzig, 23. März. Der „Berl. Westen-Ztg.“ wird gemeldet: In dem so eben stattgefundenen Auktionentermin ist Hr. Heinrich Behrend, nachdem der Staatsanwalt selbst das „Nichtschuldig“ beantragt hatte, freigesprochen worden (von der Anklage des betrügerischen Bankrotts. Hr. Behrend war bekanntlich früher Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.)

— Wien, 24. März. (Fr. P.-Ztg.) Die Zollkommission hat die Herabsetzung des Eingangszolls für türkisches Rothgarn von 13/4 auf 6 Gulden per Zentner beantragt.

— In Galizien herrscht der Hungertyphus. Aus Lemberg wird darüber der „N. Fr. Presse“ vom 19. berichtet: „Ungeachtet aller vom landtäglichen Nothstands-Ausschuß getroffenen Vorkehrungen ist zur Linderung des Elends unter dem Landvolk im Kolomeaer, Gortfower und Stanislawer Kreis sehr wenig geschehen. Es ist nicht zu läugnen, daß alles Mögliche, um Abhilfe zu bringen, vorgenommen wird; dennoch herrscht und greift immer mehr die Hungereoth um sich. In Kolomea, Gortfow, Buczac, überhaupt in allen Städtchen jener Gegenden verkaufen die Bauern alle ihre Habseligkeiten, die um einen Spottpreis angeboten werden. Ein Bauernpferd kauft man um 60 bis 80 Kreuzer. Das unglückliche Volk nähert sich schon mit einem aus Eichel- und Baumrindenmehl gebadenem Brod. Der Hungertyphus zeigt sich schon in vielen Gegenden. Gestern und vorgestern wurden wieder vom hiesigen Zentralausschuß an die Bezirkskomitee 300,000 fl. abgesendet. Das von der 2 1/2 Millionen betragenden Anleihe herrührende Geld ist schon zum großen Theil von Wien hier angelangt. Anberühalt Millionen, die zum Ankauf von Getreide zur Ausfaat bestimmt sind, werden fruchtbringend in den Filialen der National- und Anglo-Austrian-Bank auf kurze Zeit locirt; der Rest des Anlehens soll in diesen Tagen hier anlangen.“

— Paris, 23. März. Der kleine „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, welches eine Umänderung in der Direktion der Großen Oper anordnet. Es wird dieselbe fortan der direkten administrativen Oberleitung entzogen und einem Direktor auf dessen Kosten und Gefahr übertragen. Derselbe muß eine Kaution von 500,000 Fr. stellen, und erhält außer der feierlichen Staatsubvention (die sich auf 7- bis 800,000 Fr. beläuft) noch einen Zuschuß von 100,000 Fr. jährlich aus der kais. Kasse. Das Dekret tritt vom nächsten 15. April an in Kraft.

— Toulon, 24. März. Ein neuer Versuch des Zerstückens des Apparats des Admirals Ghabannes ist gestern Nachmittag an einer alten Fregatte unternommen worden. Die Wirkung war vernichtend, unwiderstehlich, die Fregatte wurde sofort in Grund gebohrt.

— London, 24. März. Stephens, das Haupt der Fenerier, ist einem gestrigen Pariser Telegramm zufolge wirklich jetzt in Paris. Auch seine Frau ist vorgestern dort angekommen.

Der Polizei der City ist die Anzeige zugegangen von einem enormen, in New-York begangenen Diebstahl von Wertpapieren im Betrag von anderthalb Millionen Dollars. Die Papiere bestehen größtentheils in amerikanischen Bonds von 10,000, 5000 und 1000 Doll., zum geringen Theil in Eisenbahn- und andern Aktien. Man vermutet, daß dieselben nach England gebracht werden, um sie hier zu negotiren, und alle möglichen Maßregeln sind ergriffen worden, um Lepteres zu verhindern. Auf die Wiedererlangung des ganzen Betrags ist eine Belohnung von 15,000 Pfd. und eine verhältnißmäßige auf die eines Theils gesetzt worden.

— Konstanz, 21. März. (Schwurgericht.) In der heutigen Sitzung fand unter dem Vorsitz des groß. Kreisgerichts-Raths Sauerbeck die Verhandlung der Anklage gegen den Weber Heinrich Martin von Oberbühllingen statt. Derselbe ist beschuldigt, am Abend des 14. Dez. v. J. in Folge eines ohne Vorbedacht im Affekt gefaßten und ausgeführten, auf Mißhandlung oder Körperverletzung gerichteten Entschlusses den Wendelin Bester von Roth mittelst eines Messers in die linke Schläfengegend der Art verletzt zu haben, daß dadurch der Tod des Wendelin Bester verursacht wurde, und daß die Handlung des Thäters von der Art gewesen sei, daß von ihm der Tod des Genannten als sehr wahrscheinliche Folge seiner Handlung vorausgesehen werden konnte.

Der Angeklagte war der ihm zur Last gelegten That im Allgemeinen geständig. Die Vertheidigung, vertreten durch den Hrn. Anwalt Merk, bestritt jedoch das Vorhandensein des von der groß. Staatsbehörde behaupteten Wahrscheinlichkeitsgrades; sie nahm an, daß im schlimmsten Fall nur der mittlere Wahrscheinlichkeitsgrad vorhanden sei, und daß dem Angeklagten außerdem der Strafmilderungsgrund des § 214 St.G.B. zur Seite stehe.

Die Geschwornen nahmen den mittleren Wahrscheinlichkeitsgrad an, verneinten die Frage wegen des Strafmilderungsgrundes, worauf der Gerichtshof den Angeklagten der fahrlässigen, durch vorläufige, im Affekt beschlossene und ausgeführte Körperverletzung verursachten Tödtung für schuldig erklärte und zu einer vierjährigen Arbeitshausstrafe verurtheilte.

— Konstanz, 22. März. (Schwurgericht.) In der heutigen geheimen Sitzung fand unter dem Vorsitz des groß. Kreisgerichts-Raths Sauerbeck die Verhandlung der Anklage gegen den Schußergesellen Theodor Sernadinger von Zigenhausen wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit statt. Nachdem die Geschwornen die an sie gerichtete Frage bejaht hatten, verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu einer gefaßten Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Damit schloß die Schwurgerichts-Sitzung des ersten Quartals.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
24. März.					
Morgens 7 Uhr	27° 3.83	+ 2.5	S.W.	ganz bew.	bunzig, Regen
Mittags 2 „	4.40	+ 7.5	„	„	trüb
Nachts 9 „	5.03	- 5.0	„	„	„
25. März.					
Morgens 7 Uhr	27° 6.00	+ 5.0	S.W.	ganz bew.	trüb, Strichregen
Mittags 2 „	7.30	+ 6.0	„	„	„
Nachts 9 „	9.02	+ 5.5	„	„	regnerisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

3.g.177. Freiburg. Freunden und Bekannten die traurige Kunde, daß unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, Adolf Jüngling, Kamerarpratitant dahier, nach achtstägigem schmerzlichen Krankenlager gestern früh 2 Uhr an einem Herzschlage verschieden ist.

Wir bitten um stille Theilnahme. Freiburg, den 24. März 1866. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Jüngling, Kreissteuerperquator.

3.g.178. Mannheim. Freunden und Bekannten machen wir die Anzeige, daß unsere geliebte Mutter und Großmutter, Frau Obristlieutenant Hufschmid Wittwe, Regina Luise Dorothea, geborne von Sennburg, im 75. Lebensjahre nach kurzem Leiden zu Heidelberg am 24. d. M. sanft entschlafen ist. Wir bitten um stille Theilnahme.

Mannheim, den 25. März 1866. Namens der Hinterbliebenen: E. H. Hufschmid, Kreisgerichtsrath.

Warnung! 3.g.189. Unterzeichnete warnen Jedermann, meinem Sohn Julius Sommer von Baden weder Geld zu leihen noch auf Kredit zu geben, da ich für nichts haftbar bin. Elise Sommer.

3.g.116. Freiburg. **Commis- und Lehrlingsgesuch.** In meinem Delikatessen- und Speisereisgeschäft nehme 1 oder 2 angehende solide und tüchtige junge Leute als Commis und pr. 1. April oder Mai einen mit den nöthigen Schulkenntnissen versehenen Lehrling auf. Freiburg, den 22. März 1866. F. C. Schach.

Commisgesuch. Ein angehebr, in Detail- als Comptoir-Arbeiten vorleben kann, gute Empfehlungen und die nöthigsten Zeugnisse besitzt, sucht eine Stelle auf Obern. Gef. Franco Anträge S. S. befordert die Exped. dieses Blattes. [3.g.181.]

3.g.128. Offenburg. **Steinhauerpalirer-Gesuch.** Ein gut befähigter Steinhauer-Palirer kann gegen hohen Lohn sofort eintreten bei Bongard, Bildhauer in Offenburg.

3.g.125. Offenburg. **Steinhanergergesuch.** Zwölf tüchtige solide Steinhauer finden sofort gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung bei Bongard, Bildhauer in Offenburg.

Anzeige. 3.g.157. Eine, im Juni vor. Jahres bei Sallnermeister Karl Lange in Stuttgart neu gekaufte, bei mäßigem Gebrauch jetzt schon total ruinirte, Drochste steht zu Jedermanns Einsicht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

3.g.136. Heibelsheim. 100 Ztr. haferfreie **Saatwicken.** per Ztr. à 7 fl., 1000 Ester grasfreien Esparmen, per Ester 1 fl., bietet zum Verkaufe aus J. S. Schäfer.

Feld-Sämereien sind in bester Qualität zu den billigsten Preisen durch Unterzeichneten zu beziehen, als:

- die vorzüglichsten Sorten von Sommerroggen, Sommerweizen, Sommerpelz, Gerste und Hafer. Klee, dreiblättriger oder rother, Klee, Luzerner oder ewiger blaublättriger, Klee, weißer holländischer, Klee, gelber holländischer, Klee, Incarnat. Bastard-Klee, gebeth in Gegenden, wo sonst kein Klee mehr fortkommt. Esparmen in ausgezeichnete schöner Waare, Grassamen in den besten Sorten für Wiesenulturen, und seine Grassarten zur Anlegung von Gärtenrasen.

Saatwicken mit wenig und ganz ohne Hafer. **Mais,** gelber und weißer, badischer, zu Körnerfrucht und Grünfütter. Zuckers- und Kunkelrübren, die beliebtesten Sorten. Buff- oder Sanbohnen, große, lange, weißfällige etc. Bei Abnahme von Samen im Großeren treten ganz ermäßigte Preise ein. Zu geneigten Aufträgen empfiehlt sich J. S. Schäfer.

Preisverzeichnisse werden auf Verlangen gratis und franco eingekendet.

Karlsruhe. Im Saale der Gesellschaft Eintracht. Freitag den 30. März 1866, Abends 6 Uhr. **Große Passionsmusik** nach dem Evangelisten Matthäus von Job. Seb. Bach.

ausgeführt von dem Philharmonischen Verein, dem großh. Hoftheater-Chor und dem großh. Hoforchester, letzteres verstärkt durch gefällige Mitwirkung hiesiger Dilettanten. Die Soli gesungen von Frau Biardot Garcia, Fräulein Wagner, den Herren Brandes, Schütz aus Stuttgart, Brulliot, Rebe, Oberhoffer und Speigler. Die Orgel gespielt durch Herrn Johannes Strahms. Billette zu 1 fl. 45 kr. für einen Sperrstich, zu 1 fl. 12 kr. in den Saal und die Nebenäle und zu 48 kr. auf die Gallerie, sowie der Text der Gesänge zu 6 kr. sind zu haben in den Musikalienhandlungen von Dert und Frey und am 30. März, beim Eingang in den Saal. 3.g.155.

Wechsel-Geschäft. 3.g.182. Karlsruhe. An- und Verkauf amerikanischer Staatspapiere, Coupons, Gold, Silber und Papiergeld, Wechsel in beliebigen Beträgen auf New-York, Philadelphia, San-Francisco und alle größeren Städte in den Vereinigten Staaten bei **Simeon Auerbach,** Neuperer Viertel Nr. 3, eine Treppe hoch. Mai-Coupons werden jetzt schon gekauft.

3.g.164. Nr. 214. S i n d e r m. **Bergebung von Eisenbahnbau-Arbeiten.**

Die Arbeiten des I und IIten Looses der Eisenbahnlinie von Neudorf nach Einsheim, Rappennau, Wimpfen und Zaxfeld (Friedrichshald) sollen im Wege der Commisssion in Afford vergeben werden. Dieselben sind folgend veranschlagt:

Loos I.	Loos II.	
Errichtung des Blamms	160822 fl. 52 fr.	185288 fl. 9 fr.
Uebergangswerte excl. Eisenwerk	81529 fl. 47 fr.	79021 fl. 26 fr.
Unterbau der Bahn	39780 fl. — fr.	13920 fl. 40 fr.
Oberbau der Bahn	14595 fl. 57 fr.	9201 fl. 18 fr.
Stationseinrichtungen	80018 fl. 44 fr.	12204 fl. 53 fr.
	376777 fl. 20 fr.	299636 fl. 26 fr.

Die zu leistende Kaution ist auf 5% des Boranschlags festgesetzt und kann in barer Einzahlung oder durch Hinterlegung von Werthpapieren, welche auf den Inhaber ausgestellt sind, gemäß den Bedingungen gegeben. Bedingnißhaft, Pläne und Kostenüberschläge können von jetzt an bis zur Commisssionstagsfahrt von Jedermann auf die Commisssion eingesehen werden. Die Commisssionsbedingungen für jedes der beiden Arbeitsloose müssen in versiegelter, mit der Aufschrift „Commisssion für Eisenbahn-Arbeiten des I (II)ten Looses“ versehenen frankirten Schreiben bis zum Samstag den 14. April d. J., Vormittags 9 Uhr, zu welcher Zeit die Verhandlung stattfindet, dabei übergeben werden.

Die Commisssionanten werden eingeladen, der Commisssionsverhandlung entweder persönlich oder durch genügend Bevollmächtigte anzuwohnen, und sich dazu auch mit den erforderlichen Zeugnissen über ihre Leistungsfähigkeit und ihr Kautions- und Betriebsvermögen zu versehen. Einsheim, den 24. März 1866. Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspektion. S i n d e r m.

Für Kapitalisten! 3.g.114. Zwei Pfandurkunden erster Hypothek von 14,000 fl. und 10,000 fl. à 4 1/2% verzinslich sind zu cediren. Freie Anträge befordert die Expedition dieses Blattes.

3.g.887. Bretten. **C. Reuttenmüller & Co. in Bretten** erboten sich zur Lieferung von **Feuerwehr-Helmen** in solidester Ausstattung, geschmackvoller Form und zu billigem Preise. Muster sehen zu Diensten.

Wohnhaus-Verkauf. 3.g.174. In einer größeren Anstalts- des badischen Oberlandes, an der Eisenbahn gelegen, ist ein zweistöckiges Wohnhaus, mit 8 Zimmern, 2 Küchen, 4 Manfäden und 2 Kellern, sammt großen Hofraum, Oekonomiegebäude und circa 1/2 Garten, Familienverhältnissen wegen unter billigen Bedingungen zu verkaufen. In dem Hause wurde seit vielen Jahren eine Speiserei- und Fleischaaren-Handlung mit Erfolg betrieben, und werden auf Verlangen sowohl die Lokaleinrichtung sowie die vorhandenen Waaren mit in den Kauf gegeben. Frankirte Anträge unter Biffer A C befordert die Expedition dieses Blattes.

3.g.81. Oberkirch, Baden. **Wein- und Kirschwasser-Versteigerung.** Wegen Verkauf meines Gutes lasse ich am Donnerstag den 3. April d. J., Vormittags 11 Uhr, nachbezeichnete, reingehaltene, in hiesiger Umgebung erzeugte Weine und Kirschwasser öffentlich versteigern:

- 50 Ohm 1859er, 100 „ 1861er, 100 „ 1862er, 100 „ 1863er, 100 „ 1864er, 350 „ 1865er.

bestehend in Klebner, Klingelberger, Weißherbst, Gemischten und Rothweinen. Sodann: 4000 Maß Thallirschenwasser. Proben werden am Platze verabreicht.

J. Böttig zum Adler. 3.g.161. Nr. 4673. Karlsruhe. **Wirtschaftsverpachtung.** Die Salinewirtschaft auf der großh. Ludwigsalme Rappennau mit Oekonomiegebäude, Garten und Ackerfeld, im Flächeninhalt von ca. 13 Morgen, soll auf die Dauer von sechs Jahren alsbald in Pacht gegeben werden. Die Pachtbedingungen können bei großh. Salinerverwaltung Rappennau eingesehen werden. Lusttragende Bewerber haben ihre Pachtangebote unter Anschlag von Vermögensnachweisen innerhalb 14 Tagen bei der großh. Salinerverwaltung Rappennau einzureichen. Karlsruhe, den 23. März 1866. Steiner Direction. Rühlenthal. Böh.

3.g.119. Nr. 310. Freiburg. **Commisssionsbegebung.** Die Lieferung von 1150 Ellen gebleichter Leinwand

3.g.170. Nr. 75. Donaueschingen. **Bergebung von Eisenbahn-Hochbauten im Großherzogthum Baden.** An der Eisenbahnlinie Zimmendingen—Donaueschingen sollen nachgenannte Gebäude zusammen im Commisssionswege in Afford vergeben werden:

- 10 Bahnhofsgebäude zu Zimmendingen 41500 fl.
- „ „ „ „ „ 13500 fl.
- „ „ „ „ „ 13500 fl.
- „ „ „ „ „ 15000 fl.
- „ „ „ „ „ 13400 fl.
- sowie 4 Oekonomiegebäude im Anschlag von 4550 fl.

101450 fl. Für die Arbeiten hat der Uebernehmer eine Kaution von 5000 fl. zu stellen. Pläne, Kostenüberschläge und Bedingnißhaft liegen von heute an auf dem diesseitigen Geschäftszimmer auf. Die Angebote sind schriftlich und gut versiegelt, mit der Aufschrift „Commisssion für Hochbauten der Eisenbahnlinie Zimmendingen—Donaueschingen“, längstens bis **Samstag den 14. April d. J., Vormittags 10 Uhr,** hierunter portofrei einzureichen, zu welcher Zeit die für die Bewerber zugängliche Eröffnung derselben stattfinden wird. Donaueschingen, den 24. März 1866. Großh. bad. Eisenbahn-Hochbau-Inspektion. Brenzinger.

3.g.391. Oberrhein. **Zwangsversteigerung.** In Folge richterlicher Verfügung werden dem Georg Braun von Hüffenhardt die nachverzeichneten Liegenschaften **Dienstag den 24. April d. J., Morgens 9 Uhr,** auf dem Rathhaus zu Hüffenhardt öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzwert erreicht wird. Beschreibung der Liegenschaften:

- 1. Viertel 80 Ruthen Acker im Schlag und Grelenhöb, neben Karl Eichele und Bernhard Hofmann alt Erben, taxirt zu 250 fl.
- 2. 47 1/2 Ruthen Acker zu Hüffenhardt, neben Christoph Meyer und Karl Eder, taxirt zu 45 fl.

Zusammen 295 fl. Davon erhält der unbekannt wo sich aufhaltende Schuldner Radricht. Oberrhein, den 21. März 1866. Der großh. Vollstreckungsbeamte: G. Krieg, Notar. 3.g.169. Nr. 176. Staufen. (Holzversteigerung.) Aus den diesseitigen Domänenmaldungen werden mit halbjähriger unentgeltlicher Borgfrist öffentlich versteigert. **Dienstag den 3. April d. J., Morgens 9 Uhr,** im Distr. III. Wöden, Abth. 2, Herrenloch

bei Staufen: 9 tannene Stämme und 7 Röhre, 2 Kl. eichene Nubholz, 4' lang, für Küfer und Glaser, 5 Kl. eichene Stodspalten und Rebschellenrollen, 9' lang, und 8 Kl. dito. tannene; 28 Kl. buchene und 45 Kl. tannene Scheit- und Klobholz, 53 Kl. buchene und tannene Brügel; 1350 Stück gemischte Wellen und 3 Loose Abfallholz.

Freitag den 6. April d. J., Morgens 9 Uhr, im Distr. I. 1a und 2a Sägegrund und II. Fintenschl. Gemartung Kirchhofen: 23 tannene Stämme und 11 Röhre, 6 1/2 Kl. eichene Stodspalten und 203 Kl. tannene Scheit- und Stodholz, 227 Kl. buchene und gemischtes Brügelholz, 2800 Stück buchene und tannene Wellen und 11 Loose Abfallholz.

Man versammelt sich jeweils bei den betreffenden Holzplätzen; bei Eintritt unangenehmer Witterung oder im Rathhaus in Staufen und beziehungsweise in jenem in Ehrenheim. Staufen, den 23. März 1866. Großh. Bezirksforst. R e e l.

3.g.173. Nr. 1332. Civiakammer. Waldshut. (Bekanntmachung.) Die Ehefrau des Klemeis Lang von Nöbel, zur Zeit in Staufen, Regina, geb. Berne, hat gegen ihren Ehemann eine Vermögensabsonderungsclasse erhoben. Zur mündlichen Verhandlung ist Tagfahrt auf die am **Samstag den 28. April d. J., Vormittags halb 9 Uhr,** beginnende Gerichtsverhandlung anberaumt; was zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht wird. Waldshut, den 21. März 1866. Großh. Kreisgericht. Schneider.

3.g.309. A. Nr. 6540. Forstheim. (Schuldenliquidation.) Gegen die Handelsgesellschaft Gebrüder Schleginger und über das Privatvermögen der Theilhaber derselben, Leopold und Eduard Schleginger, in Forstheim haben wir Cant erkannt, und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Verzugsverfahren auf **Freitag den 13. April d. J., Vormittags 8 Uhr,** angeordnet.

Alle Diejenigen, welche aus was immer für einem Grund Ansprüche an die Gesamtmasse machen wollen, werden daher aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei Vermeidung des Ausschusses von der Cant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, die etwaigen Vorzugs- und Unterpfandrechte, die der Anmeldende geltend machen will, zu bezeichnen und zugleich die Beweisurkunden vorzulegen, oder den Beweis mit andern Beweismitteln anzutreten.

In der Tagfahrt soll auch ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuss ernannt und ein Verzugs- und Nachschlagsvergleich versucht werden. In Bezug auf Borgergleich und Ernennung des Massepflegers wird der Richter ermächtigt, als der Mehrheit der Erschienenen beitretend anzusehen werden. Den Ausländern wird ausgedehnt, bis dahin einen dahier wohnenden Gewalthaber für den Empfang aller Einbringungen, welche nach den diesseitigen Verfügungen der Partei selbst oder in deren wirklichen Wohnort gegeben sollen, anzuweisen, wibrigens alle weiteren Verfügungen oder Erkenntnisse mit der Wirkung der Eröffnung lediglich an die Gerichtstafel dahier angehängt werden dürfen. Forstheim, den 13. März 1866. Großh. bad. Amtsgericht. Schember.

3.g.398. Nr. 2372. Breisach. (Vorladung.) Die wegen Defractions Angeklagte: Karl Friedrich Müller von Königsbachhauhen, Leopold Leo Vium, Bernhard Sohn, Johann Jakob Müller, Jakob Sohn, Wilhelm Röhner, Friedrich Wastmüller, Sammlende von Hringen, Leo Wehrle von Oberbergen, und Joseph Berling — früher genannt Haas — von da, werden zur Hauptverhandlung auf **Dienstag den 10. April d. J., Vormittags 10 Uhr,** mit dem Ansehen anber vorgeladen, daß im Falle ihres Ausbleibens das Urtheil nach dem Ergebnisse der Untersuchung würde gefällt werden. Breisach, den 27. Februar 1866. Großh. bad. Amtsgericht. D o r s.

3.g.188. Stodach. (Erledigte Gehilfenstellen.) Bei diesseitiger kombinirter Verrechnung sind nachgenannte Gehilfenstellen erledigt:

- 1) Die erste Gehilfenstelle bei der Domänenverwaltung — Gehalt 500 fl.
- 2) Die erste Gehilfenstelle bei der Eisenbahnbau-Kasse — Gehalt 500 fl.

Bei entsprechenden Leistungen können beide Gehalte erhöht werden. Die ersagten Stellen sind bis 1. April, letztgenannte bis 1. Mai d. J. neu besetzt werden. Im Domänen- und Eisenbahnbau-Rechnungswesen geübte Kamerarpratitanten oder Assistenten wollen sich in Bilde anmerken. Stodach, den 11. März 1866. Großh. Domänenverwaltung und Eisenbahnbau-Kasse. F u t t e r e r.

3.g.166. Stillingen. (Erledigte Deso-pistenstelle.) Bei dem diesseitigen Hauptamte ist die Stelle eines Deso-pisten mit einem Jahresgehalt von 400 fl. bis 1. Mai d. J. zu besetzen. Lusttragende wollen sich in Bilde anmerken. Stillingen, am 22. März 1866. Großh. bad. Hauptsteueramt. W i d l e r.

3.g.185. Nr. 731. Bühl. (Dienstantrag.) Die diesseitige erste Gehilfenstelle mit einem Jahresgehalt von 500 fl. ist auf 1. Juli d. J. wieder zu besetzen. Lusttragende wollen sich in Bilde anmerken. Bühl, den 24. März 1866. Großh. bad. Domänenverwaltung. 3.g.132. Karlsruhe. **Erledigte Assistentenstelle.** Beim Kriegs-Kommissariat ist die Stelle eines Assistenten mit einem Gehalt von 600 fl. zu besetzen. Bewerber aus der Klasse der Kamerar-Assistenten wollen sich binnen 14 Tagen hier melden. Karlsruhe, den 21. März 1866. Kriegs-Kommissariat.

Mit einer Beil.: Liste der 15. Sitzung der großh. bad. 3/2proz. Rentenscheine.